

Mitteilungen zum Deutsch-Schweizerischen Rechtsverkehr

April 2003

Herausgeber: Deutsch-Schweizerische Juristenvereinigung e.V. (DSJV), Postfach 1873, D-53008 Bonn, Tel: +49 (0)228 96289146, Fax: +49 (0)228 9814951, E-Mail: info@dsjv.de bzw. info@dsjv.ch, Internet: www.dsjv.de bzw. www.dsjv.ch.

Vorstand: Rechtsanwalt M. Scheunemann (Präsident), Rechtsanwalt A. Ressos (Generalsekretär), Rechtsanwalt M. Kotyrba (Finanzvorstand), Notarass. Dr. iur. K. Bischoff LL.M., Jörg Zachariae, lic. iur. Maya Sidler.

Redaktion: Rechtsanwalt Marc P. Scheunemann (Bonn), Ass. Martina Ziffels (Hamburg), lic. iur. Maya Sidler (Zürich).

Inhalt

Steuer- und Zollrecht1	- Eidgenössische Bankenkommision erlässt Geldwäschereiverordnung.....11
- Inkrafttreten des Änderungsprotokolls zum Doppelbesteuerungsabkommen Deutschland/Schweiz.....1	- Schweizer Bankgeheimnis steht Rechtshilfe bei Terrorismusfinanzierung nicht entgegen.....11
- Internationale Aspekte des „Steuervergünstigungs- abbaugesetzes“.....1	- Rechtshilfe in der Schweiz in Geldwäschefällen trotz fehlender Kenntnis der Haupttat.....11
- Einigung in der Zinsbesteuerung in Sicht.....2	- Elektronische Signaturen und Haftung der Anbieter von Zertifizierungsdiensten in Deutschland und der Schweiz...11
- Steueramnestie und Zinsabgeltungssteuer in Deutschland.3	- Basler Kommentar Obligationenrecht II.....12
- Sonderbetriebseinnahmen eines in der Schweiz ansässigen Kommanditisten einer deutschen KG.....4	Arbeits- und Sozialrecht12
- Grenzgängerbesteuerung bei Wohnsitzverlegung in die Schweiz nach DBA-Deutschland/Schweiz.....5	- Zulässigkeit internationaler Schiedsgerichte für Arbeitsstreitigkeiten nach Schweizer Recht.....12
- Grenzgängereigenschaft nach Art. 15 Abs. 4 DBA-Deutschland/Schweiz a.F.....6	- Grenzüberschreitender konzerninterner Mitarbeitertransfer.....13
- Besteuerungszeitpunkt bei Mitarbeiteroptionen nach dem Zürcher Verwaltungsgericht.....6	- Mitarbeiterentsendung aus Schweizer und aus deutscher Sicht.....13
- Gesetz zur Besteuerung von Mitarbeiteroptionen in der Schweiz.....6	Öffentliches Recht14
- Besteuerungszeitpunkt bei Mitarbeiteroptionen nach der deutschen Finanzverwaltung.....7	- Deutsch-Schweizerisches Luftverkehrsabkommen gescheitert.....14
- Steuerbarkeit von Umsätzen auf Bodenseeschiffen.....7	- Klage gegen Überflugbeschränkungen nach Zürich.....14
- Internationale Steuerplanung.....7	Vermischtes15
- Internationales Steuerrecht mit Schwerpunkt DBA- Deutschland/Schweiz.....8	- Tagungsbericht DSJV-Jabrestagung 2002 „Internationales Urheberrecht“, Bern.....15
- Besteuerung von Auslandsbeziehungen.....8	- Software für die anwaltliche Praxis.....18
Zivil- und Wirtschaftsrecht8	- Chemische Industrie der Schweiz.....19
- Aufgabe der Sitztheorie im deutschen Internationalen Gesellschaftsrecht.....8	- Immobilienwirtschaft in Deutschland.....19
- Diskussionsentwurf zum Gesetz zur Einführung der Europäischen Gesellschaft.....9	- Privatbanken in der Schweiz.....20
- Entsprechend Anwendung von Gründungsvorschriften auf Vorratsgesellschaften.....10	- Freizügigkeit der Anwälte in der Schweiz.....20
- Vorentwurf für ein Bundesgesetz über die Rechnungs- legung und Revision in der Schweiz.....10	- DSJV / DAA - Intensivkurs „Schweizerisches Recht“ vom 11. bis 13.09.2003 in Bern.....20
- Neues Internationales Insolvenzrecht in Deutschland.....11	- DSJV / SVIT - Tagung „Immobilienwerb durch Ausländer in der Schweiz“ am 14.11.2003 in Zürich.....20
	- DSJV - Hauptversammlung am 05.12.2003 in Bonn.....20

Mitarbeiterentsendung aus Schweizer und aus deutscher Sicht

Die wachsende Globalisierung der Märkte stellt die Unternehmen immer mehr vor die Entscheidung, ihre Fach- und Führungskräfte ins Ausland zu entsenden. Dies zeigt sich insbesondere im deutsch-schweizerischen Rechtsverkehr. Zahlreiche deutsche Unternehmen verfügen in der Schweiz über eine Niederlassung, und umgekehrt haben viele Schweizer Unternehmen in Deutschland eine solche. Dass der Auslandseinsatz auch arbeits-, sozialversicherungs- und steuerrechtliche Konsequenzen für Arbeitgeber und Arbeitnehmer hat, steht ausser Frage. Zu den mit einer Auslandsentsendung in beiden Ländern auftretenden arbeits-, sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Fragestellungen gibt es mit den Werken „Expatriates – Inpatriates“ von RUCH sowie „Auslandsentsendung und Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer“ von FÖRSTER/HEIDENREICH/HEUSER sowohl aus Schweizer als auch aus deutscher Sicht jeweils ein aktuelles umfassendes Praxishandbuch:

Mitarbeiterentsendung aus Schweizer Sicht:

RUCH, FRIEDERIKE V., *Expatriates – Inpatriates*, Handbuch zur Entsendung von Mitarbeitern, 1. Auflage 2002, Cosmos Verlag, 579 Seiten.

Das Praxishandbuch „Expatriates – Inpatriates“ von RUCH ist das erste umfassende Werk, welches aus Schweizer Sicht alle Fragen behandelt, die im

Bereich der Entsendung von Mitarbeitern sowohl von der Schweiz ins Ausland (Expatriates) als auch vom Ausland in die Schweiz (Inpatriates) auftreten. Das Handbuch richtet sich in erster Linie an Anwälte, Personalfachleute und Steuerberater, die häufig mit dem Thema „Entsendung von Arbeitnehmern“ konfrontiert sind. Unterstützt durch eine Vielzahl von erklärenden Beispielen und Graphiken werden die betriebswirtschaftlichen, arbeits- und bewilligungsrechtlichen, sozialversicherungsrechtlichen, steuerrechtlichen und die gehaltspolitischen Aspekte aufgezeigt. Im Zentrum des Buches stehen die schweizerischen gesetzlichen Grundlagen bzw. Regelungen, wobei auch vor allem in Exkursen auf Regelungen in Deutschland eingegangen wird.

Mitarbeiterentsendung aus deutscher Sicht:

FÖRSTER, HARTMUT / HEIDENREICH, JÜRGEN / HEUSER, ACHIM, Auslandsentsendung und Beschäftigung ausländischer Mitarbeiter, Rechtliche Aspekte beim internationalen Arbeitereinsatz, Luchterhand Fachverlag 2002, 386 Seiten, inkl. CD-ROM.

Das Pendant zu dem Handbuch von RUCH stellt in Deutschland das Buch „Auslandsentsendung und Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer“ von FÖRSTER/HEIDENREICH/HEUSER dar. Ausgehend von der arbeitsrechtlichen Seite – wie z.B. die Arbeitsvertragsgestaltung in Entsendungsfällen – werden die sozialversicherungs- und steuerrechtlichen Rahmenbedingungen beim internationalen Arbeitereinsatz erläutert. Neben der Auslandsentsendung wird auch die Beschäftigung ausländischer Arbeitnehmer in Deutschland umfassend behandelt. Zahlreiche Beispiele, Checklisten, Entscheidungshilfen, Formulare sowie eine CD-ROM mit Gesetzestexten, Vertragsmustern und Formularen runden den Leitfaden ab.

Öffentliches Recht

Deutsch-Schweizerisches Luftverkehrsabkommen gescheitert

Nach dem Schweizer Nationalrat hat auch der Schweizer Ständerat am 18. März 2003 das Luftverkehrsabkommen zwischen der Schweiz und Deutschland über Anflüge auf den Flughafen Zürich-Kloten abgelehnt. Die Mehrheit im Rat empfand das geplante Luftverkehrsabkommens als eine

nicht gerechtfertigte Diskriminierung der Schweiz auf dem Gebiet des Luftverkehrs.

Nach dem endgültigen Scheitern des Luftverkehrsabkommens hat die deutsche Regierung eine rasche einseitige Verordnung angekündigt, was zu weiteren Einschränkungen für den Flugverkehr von und nach Zürich-Kloten führen wird. In einer ersten Stufe, die Mitte April 2003 wirksam werden soll, wird insbesondere das nächtliche Überflug-Verbot über dem süddeutschen Grenzraum an Werktagen um zwei Stunden erweitert (21.00 bis 7.00 Uhr anstatt 22.00 bis 6.00 Uhr) und die Zahl der jährlichen Überflüge nach Zürich-Kloten auf unter 110.000 beschränkt. In einer zweiten Stufe soll die Gesamtzahl der Überflüge auf unter 80.000 gesenkt. Die Überflug-Beschränkungen an Wochenenden und Feiertagen zwischen 20.00 und 9.00 Uhr bleiben durch die neue deutsche Verordnung unverändert.

Der Bundesrat prüft derzeit, ob er gegen die deutsche Verordnung rechtliche Schritte einleiten wird. Als Rechtswege werden eine Klage bei der EU-Kommission, ein Vorgehen beim gemischten Ausschuss Schweiz-EU und eine Klage vor deutschen Gerichten erwogen.

Vgl. NZZ Online v. 18.03.2003 und v. 19.03.2003 sowie Mitteilung des Eidg. Departements für Umwelt, Verkehr, Energie, Kommunikation v. 26.03.2003.

Abweisung einer Klage gegen Überflugbeschränkungen nach Zürich

Der *Verwaltungsgerichtshof Baden-Württemberg* hat am 24. Januar 2003 eine Klage des Betreibers des Flughafens Zürich-Kloten abgewiesen. Die dem Luftfahrt-Bundesamt in § 27a Abs 2 LuftVO erteilte Verordnungsermächtigung umfasse die Befugnis, zeitliche Flugverkehrsbeschränkungen festzulegen. Das Luftfahrt-Bundesamt durfte bei der zeitlichen Beschränkung von Anflügen auf den Flughafen Zürich massgeblich berücksichtigen, dass die aus seinem Betrieb erwachsenden ökonomischen Vorteile fast ausschliesslich der Schweiz zugute kommen, die vom Fremdenverkehr abhängigen süddeutschen Gemeinden dagegen fluglärmbedingte Einbussen in diesem Erwerbszweig befürchten müssen.

Vgl. VwGH Baden-Württemberg v. 24.01.2003 - 8 S 2224/02. Die Revision wurde nicht zugelassen. Gegen die Nichtzulassung wurde Beschwerde eingelegt.